Ralf Wagner

Der Brückenbau von Euroland
1.10.2011

Neben einigen Toren sind es Brücken, mit denen die Grafiker die Euroscheine zieren wollten.[1] Und mit diesen Motiven waren sie der Zeit wohl um einiges voraus. Heute sind die die EU-Politiker, die mit ihren immer gigantischeren Rettungsschirmen nach eigenem Bekunden versuchen, Brücken zu bauen.

Dabei sind sie sich allerdings wohl selbst nicht sicher, was sie da verbinden wollen. Und so bekundet auch die Kanzlerin, dass es mit den Rettungsschirmen vor allem darum geht, Zeit zu kaufen[2]. Das ist ehrlich, aber auch ernüchternd. Denn ganz offensichtlich besteht unter den politischen Eliten, deren Projekte die EU und der Euro sind, nicht der Hauch von Einigkeit darüber, was die beiden Enden der Brücke denn verbinden sollen.

Auf dem einen Ufer liegen die alten europäischen Visionen und Verträge. Sie haben Vieles geregelt und mindestens ebenso Vieles ausgeklammert und in kurzer Zeit zu einem 500 Millionen Menschen und 27 Länder umfassenden Staatenverbund[3] geführt. Der Hang nach Größe als konstituierendes Element dieser Entwicklung ist nicht zu übersehen und wird von den Befürwortern der Expansion auch gar nicht bestritten. Im Gegenteil, Größe gilt als Gewicht – vor allem für Politiker.
Das vereint Zwergstaaten wie Luxemburg, dessen nach eigenem Bekunden zur Unwahrheit neigender Regierungschef Juncker[4] wohlwollend betrachtet an Jack Arnolds „Die Maus, die brüllte“[5] erinnert, mit Frankreich, das seinen imperialen Anspruch dank Europa erfolgreich in den Personalien des Weltfinanzsystems umsetzten kann, mit seiner etatistischen[6] Wirtschaftspolitik aber ein Desaster nach dem anderen erlebt und nun andere weitergibt.

Verträge haben in diesem Konstrukt nur eine kurze Halbwertzeit. Die No bail out-Klausel des AEUV und das Ankaufverbot von Schundanleihen durch die EZB werden ebenso fortwährend gebrochen wie die Verschuldenskriterien des Stabilitätspaktes zur Währungsunion. Dass auf der anderen Seite der Brücke dann „strenge Grenzen“ und „wirksame Sanktionen“ entstehen soll, ist daher wenig glaubhaft und wirkt mit jedem weiteren Vertragsbruch hilfloser – und undemokratischer.

Umso strahlender werden daher die Landschaften auf der anderen Seite der Brücke beschrieben. Bei näherer Betrachtung handelt es sich dabei jedoch wieder um Visionen. Mehr Europa, eine gemeinsame Wirtschaftsregierung, die Vollendung der politischen Union[7] gar werden da als lichte Zukunft an die Wand projiziert. Doch wie soll das funktionieren? Schon beim Euro ist nun mehr als klar, dass es trotz aller Schwüre zwischen den Mitgliedsländern keineswegs übereinstimmende Auffassungen über die Geldpolitik und die Sicherung der Geldwertstabilität gibt. Ist das bei der Wirtschaftspolitik etwas anders? Keineswegs! Deutsche und französische Vorstellungen und Realitäten von Wirtschaftspolitik sind so ähnlich wie die Grammatik beider Sprachen, von den anderen Mitgliedsländern der Währungsunion ganz zu schweigen. Wer eine gemeinsame Wirtschaftsregierung fordert, muss erklären, nach welchen Prinzipien sie funktionieren soll – oder wir landen auch hier in einem ähnlichen Dilemma wie bei der Währungsunion. Im Zweifel wird sich dann ebenso ein hektischer, unüberlegter und neue Probleme hervorrufender Regierungsaktionismus mit einem französischen Verständnis von Staatsmacht durchsetzen.

Doch zu den Spielregeln einer EU-Wirtschaftsregierung schweigen diejenigen, welche sie fordern, beharrlich – EU-Kommission, nationale Politiker aber auch Kollegen aus den Wirtschaftswissenschaften. Das ist sogar noch weniger als vor der Einführung des Euro.

---

[1] http://www.ecb.int/euro/banknotes/html/index.de.html
[2] http://www.faz.net/artikel/C30638/schuldenkrise-merkel-wirbt-fuer-die-euro-rettung-30724076.html
[3] eigentlich supranationale Organisation
[4] http://www.luxprivat.lu/News/Unglaublich-und-skandaloes-Juncker-Wenn-es-ernst-wird-muss-man-luegen.-Hat-Luxemburgs-Premier-politischen-Selbstmord-begangen
[5] http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Maus,_die_br%C3%BCllte
[6] http://de.wikipedia.org/wiki/Etatismus
[7] http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,789520,00.html

Betrachtet man die ersten Ergebnisse, werden die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. So hat das Europaparlament Ende September 2011 die Änderungen im Stabilitätspakt bestätigt[8]. Darin werden u.a. auch die Leistungsbilanzüberschüsse zum Problem erklärt, also einen Zustand, wenn Länder mehr exportieren als sie importieren.

Solche Überschüsse generiert Deutschland aufgrund der Qualität seiner Exportgüter seit Jahrzehnten. Ein Gleichgewicht ist das sicher nicht, eine Ursache für die Probleme der Eurozone aber auch nicht. Gäbe es den Euro nicht, würde unter sonst gleichen Bedingungen solch ein Leistungsbilanzüberschuss zu einer Aufwertung der Währung führen, welche die Exporte teurer machen würde[9], vor allem aber die Import preisewerter und daher umfangreicher – in Form billiger Rohstoffe, Vorleistungen und Urlaubsreisen. Dieser Wohlfahrtsgewinn, welcher in der Währungsunion nicht mehr entsteht, ist es daher wohl auch, den sich die EU aneignen und umverteilen will.

Wie will eine Wirtschaftsregierung erfolgreich sein, welche den Erfolg bestraft und dessen Ergebnisse umverteilt? Umgekehrt wird der Misserfolg – aus welchen Gründen auch immer – Tatbestand der notwendigen Hilfe erklärt. Nicht nur Griechenland lässt daran zweifeln, dass als Solidarität zu bezeichnen. Ausgeblendet wird auch hier der dramatische Fehlanreiz der Währungsunion, welche diesen Ländern eine zu starke Währung beschwerte. Diese deckelte deren Exporte und erleichterte Importe ebenso wie neue Schulden durch bisher unbekannt niedrige Zinsen. Mit anderen Worten: allein der Euro generiert diese massiven Fehlanreize.

Der Ruf nach einer Wirtschaftsregierung gleicht daher der Reaktion eines Busfahrers, der sich verfahren und das Ziel verloren hat, daraufhin aber die Geschwindigkeit erhöht – oder aber einem teuren Brückenbau im Niemandsland.

[8] http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,788838,00.html
[9] Die Exporte würden wohl teurer, aufgrund der preisunelastischen Nachfrager der Kunden aber nicht geringer.